



LUDWIG
ERHARD
STIFTUNG

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik 2016

Dokumentation

Inhalt

<i>Roland Tichy</i>	Begrüßung	5
<i>Wolfgang Schäuble</i>	Festrede	8
<i>Dorothea Siems</i>	Laudationes auf die Träger der Förderpreise	14
<i>Gerhard Schröder</i>	Die Agenda 2010 hat diese Würdigung verdient	23
<i>Holger Steltzner</i>	Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit	31
<i>Roland Tichy</i>	Schlusswort	38
<hr/>		
	Presseresonanz	40
	Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik	44
	Die Ludwig-Erhard-Stiftung	48
<hr/>		

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik 2016

Redaktion: Berthold Barth/Natalie Furjan

Fotos: Dirk Hasskarl

Satz und Druck: Engelhardt GmbH, Neunkirchen

Am 20. September 2016 wurde der diesjährige Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik im Rahmen einer Festveranstaltung in Berlin an *Gerhard Schröder*, Bundeskanzler a.D., und *Holger Steltzner*, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, verliehen. Die Festrede hielt Bundesfinanzminister *Dr. Wolfgang Schäuble*.

Die Förderpreise gingen an *Prof. Dr. Philipp Bagus*, Assistenzprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid, an *Simon Book* und *Massimo Bognanni*, Redakteure beim Handelsblatt, sowie an *Florian Meyer-Hawranek*, freier Journalist. Die Laudationes auf die Förderpreisträger sprach *Dr. Dorothea Siems*, Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik.

Für Musik sorgte das Trio Laccasax.

Die Preisverleihung fand mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Telekom AG in den Räumlichkeiten der Deutsche Telekom Hauptstadtrepräsentanz in Berlin statt.

■ Begrüßung

Roland Tichy

Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf Sie ganz herzlich zur Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik 2016 begrüßen. Wir vergeben in diesem Jahr den Preis zum vierzigsten Mal. Umso mehr freuen wir uns, dass wir zu diesem Jubiläum Herrn *Dr. Wolfgang Schäuble* als Festredner gewinnen konnten. Vielen Dank, dass Sie gekommen sind!

Wir haben zwei sehr prominente Preisträger. Die Jury, für deren Arbeit unter der Leitung von *Ursula Weidenfeld* ich mich ganz herzlich bedanke, hat in der Begründung ihrer Entscheidung für Bundeskanzler *Gerhard Schröder* geschrieben: „Als Bundeskanzler hat Gerhard Schröder mit der ‚Agenda 2010‘ Reformen durchgesetzt, die die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig geprägt und verändert haben. Sie haben Deutschland wieder wettbewerbsfähig gemacht und entscheidend zum derzeitigen Erfolg der Volkswirtschaft beigetragen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung würdigt diese Leistung auch vor dem Hintergrund der aktuellen Richtungslosigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.“

Die Jury würdigt *Holger Steltzner* mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik für seine Kommentare und für seine ordnungspolitisch immer sehr

konsequente Haltung zu aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen. Als Herausgeber der FAZ, lieber Herr *Steltzner*, prägen Sie die wirtschaftspolitische Linie des Blattes in hervorragender Weise. Und wenn Sie mir eine persönliche Anmerkung gestatten: Sie sind der Fels, um den andere Ressorts der Zeitung herumschwimmen.

Ich darf außerdem sehr herzlich begrüßen die Förderpreisträger: *Professor Philipp Bagus*, das schreibende Duo *Massimo Bognanni* und *Simon Book* sowie *Florian Mayer-Hawranek*. Frau *Dr. Siems*, die ich ebenfalls sehr herzlich begrüße, wird als Mitglied der Jury über diese Preisträger vieles zu sagen haben.

Nun ist es mir völlig unmöglich, alle aufzuzählen, denen diese Begrüßung gilt. Vielleicht mit einer Ausnahme: Ich darf *Gräfin Schlippenbach* begrüßen, die bereits in der Frankfurter Zeit, also vor *Ludwig Erhards* Zeit als Bundeswirtschaftsminister, seine Pressereferentin war. Vielleicht könnten wir heute von Ihnen lernen, Gräfin, wie man unpopuläre Dinge wie die Soziale Marktwirtschaft wieder populär macht.

Ich darf das Wort von Bundeskanzler *Helmut Kohl* über unsere Stiftung etwas abwandeln, der sagte, bekanntlich müssten Politiker Wahlen gewinnen und nicht den Preis der Ludwig-Erhard-Stiftung. Umso besser ist, wenn sie ihn doch gewinnen – wenn auch etwas später, vielleicht auch zu spät. *Ludwig Erhard* hatte es ja nicht leicht, und auch die Ludwig-Erhard-Stiftung hat es in dieser Zeit nicht besonders leicht. Wir formulieren Leitplanken der Ordnungspolitik. Wenn andere daran zerschellen, ist es ihr Problem. Das ist eine Arbeitsteilung, die ich manchmal ganz nett finde, die aber auch notwendig ist – um mal die eigene Rolle ein bisschen bescheiden zu charakterisieren.

Politik lebt, glaube ich, vom glücklichen Augenblick. Den glücklichen Augenblick muss ich als Politiker erkennen und nutzen. Der glückliche Augenblick ist nicht eine glückliche Lage. In Zeiten der wachsenden Staatsverschuldung haben Sie, Herr *Schröder*, die Agenda 2010 durchgesetzt und zu einer augenblicklich glücklichen Lage beigetragen. In der glücklichen Lage drohen wir immer zu vergessen, was die Quelle unseres Wohlstands ist, nämlich die Marktwirtschaft; dass wir Freihandel brauchen, weil wir davon leben; dass Freihandel kein von Gott gegebener Naturzustand ist, der uns seine Gnade immer schenkt, sondern dass Freihandel immer wieder erkämpft werden muss. Wir vergessen dann, dass die „schwarze Null“ auch kein Naturereignis ist, sondern immer mit Zähnen und Klauen erkämpft und auch verteidigt werden muss, dass eine stabile Währung eine ungeheure Anpassungsleistung erfordert. Wenn es uns dann wieder schlecht geht, in der Stunde der Not, entdecken wir wieder die Soziale Marktwirtschaft. Dann machen wir wieder Marktwirtschaft.

Wahrscheinlich gibt es so etwas wie den Schweinezyklus von Marktwirtschaft und dann wieder keine Marktwirtschaft. Allerdings sind die Zwiebelschalen, die sich um den Kern der Marktwirtschaft legen, dann immer zäher, und wenn man sie

ablöst, gibt es Tränen. Das ist das Gefährliche an diesem Schweinezyklus: dass es immer wieder schwieriger wird, auf den Ausgangspunkt zurückzukommen. Mit der Ordnungspolitik und der Marktwirtschaft ist es wie mit Regenschirmen. Wenn die Sonne scheint, bleiben die Marktwirtschaft und die Ordnungspolitik gern an der Garderobe liegen. Wenn es dann regnet, sucht man sie vergeblich. Politiker sind die Regenmacher, und wir erinnern sie gerne immer wieder an die Schirme, damit wir sie immer dabei haben. Und in diesem Schweinezyklus von Verachtung der Marktwirtschaft und Errettung durch Politiker sind wir dann die Mahner.

In diesem Sinne freue ich mich, dass Sie alle da sind. Ich gehe optimistisch davon aus, dass es noch sehr viel mehr Freunde der Marktwirtschaft gibt als hier sitzen. Danke, dass Sie gekommen sind! ■

■ Festrede

Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesminister der Finanzen

„Wir müssen lernen, mit dem Nicht-Perfekten zu leben, mit dem Unzulänglichen. Wir brauchen mehr Frustrationstoleranz, mehr Demut. Das würde die Hitze, die Schärfe, das Konfrontative in unseren derzeitigen politischen Debatten mildern.“



Das hätte ich mir nicht vorstellen können. Eine Festrede auf *Gerhard Schröder*, von mir, und dann noch auf *Holger Steltzner*, je für sich und beide zusammen. Aber die Sache ist ja für wirklich alle Beteiligten reizvoll: Für mich mit Blick auf die beiden Preisträger. Für die beiden Preisträger mit Blick auf mich. Für die beiden Preisträger mit Blick auch aufeinander. Und natürlich für die Ludwig-Erhard-Stiftung, die uns alle aufeinanderhetzt. Aber ich habe es immer so gehalten: Meine Pflicht tun, wenn es auf mich zukommt. Ich will nicht garantieren, dass das alles völlig ohne Seitenhiebe abgeht. Aber ich will ehrlich mein Möglichstes tun.

Die Begründung der Stiftung für die Preisverleihung an *Gerhard Schröder* sind die „marktwirtschaftlichen Reformen der Agenda 2010, die Deutschland wieder wettbewerbsfähig gemacht haben“, so die Stiftung. Gut: Hat ja damals auch ein bisschen gedauert, bis er sich mit Reformen angefreundet hat. Die aus den letzten Jahren

der Regierung *Kohl* hat er ja – wenn ich mich nicht ganz täusche – erst zurückgeschraubt, dann zum Teil wieder eingeführt. Das hat uns erst einmal Wachstum gekostet. Daraus haben Sie dann aber die Konsequenz gezogen. Wie der *Graf Isolani* bei *Wallenstein*. „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt. Der weite Weg entschuldigt Euer Säumen.“ Der weite Weg hieß bei Ihnen wohl *Lafontaine* und rot-grün.

Die Entscheidung für die Agenda 2010 verlangte Mut und Entschlossenheit. Die haben Sie bewiesen, mit viel Risiko- und Opferbereitschaft und unter ziemlich großen Opfern. Das ist eine große, eine preiswürdige politische Leistung. Wir haben in den letzten zehn Jahren davon profitiert; und zugleich machen uns die Erfolge das Leben auch nicht nur einfacher. Weil es uns in der Folge der von Ihnen durchgesetzten Reformen und vielleicht auch infolge einer zuletzt ganz ordentlichen Finanzpolitik heute ziemlich gut geht, fallen uns Entscheidungen für notwendige Veränderungen eher schwer.

Menschen, Gesellschaften, zumal in Demokratien, ändern ja gewöhnlich, solange es ihnen gut geht, nur ungern etwas. Sie tun es in der Regel nur dann, wenn sie müssen, wenn es nicht anders geht, wenn eine Krise herrscht. Das kann natürlich nicht das letzte Wort sein. Und das würde gerade auch Herr *Steltzner* unter keinen Umständen als das letzte Wort akzeptieren.

Die Preisverleihung an *Holger Steltzner* begründet die Stiftung mit seinen „ordnungspolitisch konsequenten Kommentaren zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen“, so die Stiftung. Oh ja. Ziemlich konsequent. Für die politische Realität vielleicht manchmal zu konsequent. Das schadet nicht. Öffentliche Kommunikation, auch Interessenvertretung, ist verwirrend vielfältig. Und demokratische Mehrheitsbildung und Entscheidungsfindung sind ein komplizierter Prozess. Da braucht man immer Kritik, auch den Zwang zur Rechtfertigung von Entscheidungen an rationalen Kriterien; aber man muss eben auch wissen, dass demokratische Mehrheits- und Konsensfindung Kompromissfähigkeit fordert.

Es ist gut, dass auch demokratisch Gewählte nicht nach Belieben schalten und walten können. Und in unserer föderalen Struktur ist das System von „checks and balances“ besonders ausgeprägt, und in Europa noch zusätzlich. So muss ich die Wege suchen zwischen den ordnungspolitischen Grundgedanken, die ich mir spätestens seit meinen Freiburger Studientagen durchaus zu eigen gemacht habe, und der europäisch-internationalen Verhandlungswirklichkeit, in der das Verständnis für unseren Ansatz nicht immer riesig ist.

Ordnungspolitik hält man international für sehr deutsches Denken. Und das macht die Diskussionen in Europa und darüber hinaus im globalen Zusammenhang nicht einfach. Es gibt ja noch nicht einmal eine englische Übersetzung des Wortes „Ordnungspolitik“. Bei *Holger Steltzner*, das ist wahr, hat man die Sache immer einmal wieder in Reinform. Auch das ist in der Tat preiswürdig. Verwässern kann die Politik allein.

Was Ökonomen manchmal zu sehr unterschätzen, sind die Rahmenbedingungen von Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa in einem ganz weiten Sinne: die kulturellen Rahmenbedingungen, die Rahmenbedingungen von politischer Kultur, von Mentalität, von Sozial- und Ideengeschichte in jedem einzelnen europäischen Land. Politik aus einem ordnungspolitischen Guss dürfte in diesem Europa mit seiner ungeheuren Vielfalt kaum möglich sein.

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sind menschengemacht und von Menschen getragen. Deswegen halte ich sehr viel davon, dass sich die Wissenschaft von der Wirtschaft wieder mehr als Sozialwissenschaft versteht. Gerade darin kann man viel von *Ludwig Erhard* lernen. *Erhard* hat gewusst um die psychologischen Bedingungen, um die Vertrauensbedingungen und um die kulturellen, mentalitätsmäßigen Voraussetzungen von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik.

Deswegen das ordnungspolitische Denken in Rahmenbedingungen und Anreizsystemen. Die Einsicht, dass der Markt, wenn man ihn ganz sich selbst überlässt, sich selbst zerstört – wie übrigens die Freiheit des Menschen ganz allgemein. Dass aber trotzdem Markt nicht etwas Dämonisches ist, sondern dass er Ausdruck und Betätigungsfeld menschlicher Freiheit ist, die aber Rahmenbedingungen braucht; Rahmenbedingungen, die den verantwortlichen Gebrauch der Freiheit fördern und die eben nur der Staat setzen kann.

Mit den Erfahrungen mit der Finanzkrise seit 2008 wächst ja zumindest in der Ökonomie auch außerhalb Deutschlands der Sinn für solches ordnungspolitische Denken: Etwa bei denen, die mehr und mehr erkennen, wie wichtig die Gestaltung von Institutionen und die von ihnen gesetzten Anreize sind. Man kann es erkennen auch an dem Aufschwung der Verhaltensökonomik. Inzwischen sind sogar Nobelpreise für die „Economics of Behaviour“ verliehen worden.

Insgesamt wird der Mensch allmählich wieder stärker in den Wirtschaftsprozessen entdeckt; dass der Mensch im Mittelpunkt auch der wirtschaftlichen Prozesse steht; dass Psychologisches abseits der mathematischen Modelle oft wichtiger ist als mathematische Modelle. Vielleicht hat *Ludwig Erhard* mit seiner Zigarre, die den Optimismus ausgestrahlt hat, den Wirtschaft und Gesellschaft im zerstörten Nachkriegsdeutschland dringend brauchten, mehr bewirkt als manche abstrakten Zahlenmodelle, mit denen wir uns heute beschäftigen müssen.

Wenn sich die Wirtschaftswissenschaften als Sozialwissenschaften verstehen, sich mit dem Menschen befassen, müssen sie den Menschen sehen, wie er nun einmal ist – wie *Immanuel Kant* gesagt hat, aus krummem Holz geschnitzt; fehlbar, auch unvernünftig; aber befähigt doch auch zu Großem. Deshalb ist die freiheitliche Organisation die überlegene Ordnung, ist die Marktwirtschaft anderen Modellen überlegen. Und die Soziale Marktwirtschaft ist die Verbindung beider Einsichten.



Das ist das Entscheidende: Politik muss Anreize so setzen, Regelsysteme so gestalten, dass sie den Menschen gerecht werden – und dann muss sie den Menschen Freiheit lassen. Im Euroraum, nur ein Beispiel, waren die Anreize über längere Zeit falsch gesetzt. Am Anfang war es zu billig für die südlichen Mitgliedsländer der Eurogruppe, sich zu verschulden; und einer solchen Versuchung widerstehen die meisten Menschen nicht. Wir haben gesehen, was daraus geworden ist. Die Zinsen waren zu niedrig für diese Länder – entstanden aus der Konstruktion der gemeinsamen Währung heraus. Irgendwann ist die Blase geplatzt.

Ich würde trotz aller Schwierigkeiten sagen, dass wir in Europa einiges daraus gelernt haben. Wir versuchen seitdem, und finden seitdem auch mehr Unterstützung dafür, die Anreize richtig zu setzen, weil wir nur dann unsere Währungsunion nachhaltig stabilisieren können, wenn sie wirklich von dem Grundgedanken ordnungspolitisch richtiger Anreize getragen ist.

Man muss zunächst einmal, wenn Risiken nicht mehr beherrschbar zu werden drohen, die Risiken reduzieren, bevor man sie vergemeinschaftet. Andernfalls ist die Versuchung, Risiken nicht zu reduzieren, sondern die Lasten einfach auf andere zu übertragen, zu groß. Das ist die Kurzfassung der Diskussion um die gemeinsame Banken-Einlagensicherung in Europa.

Es schafft jedenfalls kein Vertrauen, wenn wir uns jetzt in Europa nicht an die Regeln halten, die wir uns gerade noch selbst gegeben haben. In der Frage der konsequenten Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts hatten wir neulich einige Verzerrungen in der Wahrnehmung: Wahr ist, die Verstöße Spaniens und Portugals gegen die Regeln des Pakts werden Konsequenzen haben bei den

Strukturfondsmitteln. Wir erwarten dazu bald einen Vorschlag der Kommission. Noch mehr Schulden sind allein nirgendwo die Lösung, auch nicht im Euroraum.

Ludwig Erhard würde sagen: Wir müssen die Verantwortung der Handelnden stärken. In unserer gemeinsamen Währungsunion, wenn sie stabil bleiben soll, müssen die Mitgliedstaaten, solange sie für die Wirtschafts- und die Finanzpolitik zuständig sind, auch die Verantwortung für ihre Entscheidungen tragen.

Alles richtig. Alles immer wieder vorgebracht. Alles trotzdem gar nicht leicht zu erreichen – in diesem Europa der wirtschaftspolitischen Ideen-Vielfalt. In diesen Wochen erscheint ein Buch von *Markus Brunnermeier, Harold James* und *Jean-Pierre Landau*: „The Euro and the Battle of Ideas“, bei Princeton University Press, das die unterschiedlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Ansätze in Europa schön herausarbeitet. Deutschland mit seiner föderalen Erfahrung über Jahrhunderte weiß um die Notwendigkeit von Regelbindung in solcher Ordnung, während Frankreich mit seiner Geschichte stärker der Handlungsfähigkeit des Staates vertraut.

Mir scheint dieses Bewusstsein der Kompliziertheit eigentlich aller politischer Situationen und Fragen, die Bereitschaft, die Vielfalt der legitimen Interessen und Blickwinkel anzuerkennen, mir scheint diese gedankliche Leistung der Schlüssel, um unsere politische Kultur in den Bahnen des Konstruktiven und Rationalen zu halten.



Andrea Tichy, Roland Tichy, Gerhard Schröder, Melanie Blum, Prof. Dr. Ulrich Blum, Oswald Metzger

Wir müssen lernen, mit dem Nicht-Perfekten zu leben, mit dem Unzulänglichen. Wir brauchen mehr Frustrationstoleranz, mehr Demut. Das würde die Hitze, die Schärfe, das Konfrontative in unseren derzeitigen politischen Debatten mildern. Auch das ist natürlich wieder alles andere als leicht zu erreichen – in unserer Zeit des apodiktischen, aggressiven Urteils, im Netz, und genauso dann offline.

Wir erleben einen immer schnelleren gesellschaftlichen Wandel. Viele sagen ja auch in den Analysen, was die Briten dazu gebracht hat, so abzustimmen, wie sie es getan haben, auch die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern, die die AfD gewählt haben, und auch die, die *Donald Trump* unterstützen, und die, deren Verachtung sich gegen die Europäische Union richtet: dass in all dem viel Widerstand steckt gegen all die unangenehmen Erscheinungen dieses schnellen Wandels in der Gesellschaft, in der Digitalisierung, in der Globalisierung.

Dieser schnellere, gesellschaftliche Wandel durch Globalisierung und Digitalisierung stellt komplizierte Fragen an die Stabilität der westlichen, europäischen, erfolgs- und wohlstandsgewohnten Gesellschaften, und er stellt Fragen an die Zukunft unserer westlichen Errungenschaften.

Ich denke trotzdem, dass sich die Politik in Deutschland nicht verstecken muss – wie ja auch die Reformen, die heute hier den Preis erhalten, ein Beispiel dafür sind, dass Deutschland über die Jahrzehnte gar nicht so schlecht regiert worden ist; und bisher immer noch rechtzeitig die Kurve gekriegt hat.

Auch heute: Über die vielen Fragen, die heute für unser Land unmittelbar wichtig sind, von der kommunalen Infrastruktur bis zur Bekämpfung von Fluchtursachen in Afrika, behält die Politik in Deutschland doch einigermaßen den Überblick. Und wir zeigen für die Bewältigung der Aufgaben gangbare Wege auf und machen praktikable Vorschläge, die auch finanzpolitisch gut unterlegt sind.

Eine solche Politik ist nicht so schlecht, wie manche sie machen oder empfinden. Diese Politik besser zu erklären: Diese Standardantwort auf schwindendes Vertrauen mag inzwischen manche provozieren. Ein gar nicht so schlechter Anfang für eine Besänftigung der Gemüter ist es gleichwohl.

Helmut Kohl wird ja der Satz zugeschrieben – zu Recht übrigens, er hat ihn oft gesagt: „Ich will nicht den Ludwig-Erhard-Preis gewinnen, sondern die nächsten Wahlen.“ Man könnte auf den Gedanken kommen, dass *Gerhard Schröder* entweder diesen ziemlich weisen Satz nicht gekannt hat – oder ihn für sich umgedreht hat. „Ich will nicht die nächsten Wahlen gewinnen, sondern den Ludwig-Erhard-Preis!“ Gewissermaßen am anderen Ende seines legendären „Ich will da rein!“

Wie auch immer: Ludwig-Erhard-Preise und Wahlerfolge scheinen sich auszuschließen. Das dürfte auch für *Holger Steltzner* gelten. Aber jetzt ist Schluss. Herzlichen Glückwunsch Ihnen beiden! ■

■ Laudationes auf die Träger der Förderpreise

Dr. Dorothea Siems

Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik



Die Mietpreisbremse zählt zu den wichtigsten oder besser: zu den am meisten beachteten Gesetzen der Großen Koalition. Die Mieten in deutschen Städten steigen kräftig, die Regierung greift beherzt regulierend ein, über die Wirkung wird gestritten – zweifellos ist das ein dankbares Thema für Leitartikel. Dass die Mietpreisbremse auch als Stoff für einen spannenden Wirtschaftskrimi taugt, haben die beiden Redakteure *Massimo Bognanni* und *Simon Book* mit ihrer Reportage „Häuserkampf“ gezeigt, die am 16. Januar 2015 im „Handelsblatt“ erschienen ist.

Das Reporter-Duo erzählt die Geschichte zweier Männer, die sich als Mieter und Vermieter gegenüberstehen und zu erbitterten Feinden werden, weil der eine regelmäßig die Miete anhebt – immer entsprechend dem Berliner Mietpreisspiegel – und der andere jedes Mal widerspricht und es dann vor Gericht zum Vergleich kommt. Spektakulär wird der Fall aber erst, als der Vermieter statt gegen seinen Mieter gegen den Mietpreisspiegel klagt. Und so kommt das Instrument des Mietpreisspiegels, mit dem seit Jahrzehnten nicht nur in der Hauptstadt die maximale Mieterhöhung bestimmt wird, auf den Prüfstand – und fällt krachend durch. Denn der Mietpreisspiegel, der auch Grundlage für die neue Mietpreisbremse

ist, zeichnet sich durch schlampige Berechnungen nach dem Motto „Pi mal Daumen“ aus. Willkürlicher kann staatliche Regulierung nicht sein. Dem Leser drängt sich die Frage auf, welche Folgen eine Mietpreisbremse hat, wenn schon deren Grundlage vom Gericht als eklatant mangelhaft verworfen wird. Der informative, gut geschriebene Mieten-Krimi war neben anderen Beiträgen für die Jury Grund genug, *Bognanni* und *Book* in diesem Jahr mit dem Ludwig-Erhard-Förderpreis auszuzeichnen.



Massimo Bognanni und Simon Book

Spannung gepaart mit einer Fülle an Information bietet auch der Rundfunkbeitrag „Robot-Economy. Wenn Maschinen die Welt übernehmen“, der am 1. September 2015 in der Sendung Zündfunk des Bayerischen Rundfunks präsentiert wurde. Autor ist der Rundfunkredakteur *Florian Meyer-Hawranek*.



Florian Meyer-Hawranek

Die Digitalisierung ist der Mega-Trend dieser Zeit. Die Wirtschaft wandelt sich so rasant, wie es die meisten von uns noch nie erlebt haben. *Meyer-Hawranek* gelingt es in seiner gut recherchierten, rund eine Stunde dauernden Reportage, diese Revolution konkret und dadurch fassbar zu machen. Er lässt einen BMW-Vorarbeiter zu Wort kommen, der sich über seinen Kollegen Roboter freut, der körperlich schwere Aufgaben übernommen hat,

die den Arbeitern früher die Gelenke kaputt gemacht haben. Berliner Start-up-Unternehmer sprechen über ihr Projekt: eine Software, die Ärzte bei der Diagnose unterstützt. Auch Wissenschaftler kommen zu Wort, die die Folgen der Digitalisierung für die Gesellschaft untersuchen. Die Reportage macht deutlich, dass die Frage, ob die Roboter die Menschen arbeitslos machen werden, offen ist. Klar ist nur, wie es an einer Stelle heißt: „Selbstfahrende Autos, brauchbare humanoide Roboter oder 3D-Drucker sind nicht die krönenden Höhepunkte des Computerzeitalters. Sie sind erst der Anfang.“ *Meyer-Hawranek* stimmt weder hymnische Lobgesänge über die neuen Möglichkeiten der Technik an noch betreibt er Panikmache. Er zeigt vielmehr das gesamte Bild und liefert einen schönen Beweis dafür, dass sich auch in dieser schnelllebigen Zeit aufwendige Recherche lohnt. Auch deshalb hat er nach Auffassung der Jury den Ludwig-Erhard-Förderpreis 2016 verdient.



Prof. Dr. Philipp Bagus

Das Gleiche gilt für *Philipp Bagus*, der die Jury mit seinen Beiträgen zur Griechenland-Krise und zur Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank überzeugt hat. *Bagus* ist kein Journalist. Er arbeitet vielmehr am Institut für angewandte Volkswirtschaftslehre der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid als Wissenschaftler. Nichtsdestotrotz versteht es *Bagus*, in verständlicher Sprache die komplexen Rettungsmanöver der Regierungen und

EU-Institutionen zu analysieren. Und er macht deutlich, dass alle diese Aktionen alles andere als alternativlos sind. Die meinungsstarken Beiträge, die unter anderem in der Zeitschrift „Der Hauptstadtbrief“ erschienen sind, zeugen von einer klaren ordnungspolitischen Haltung.

In dem Artikel „In Griechenland entscheidet sich das Schicksal des Euros“ vom März 2015 schreibt der Autor: „Die Ursache der griechischen Misere und der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit ist eine Staatsblase gespeist mit billigem Geld.“ Und *Bagus* prophezeite, dass Athen die erforderlichen Reformen nicht durchführen werde, auch wenn es sich dazu auf dem Papier verpflichtete. Aktuell, eineinhalb Jahre später, zeigt sich in Griechenland, dass der Streit zwischen internationalen Geldgebern und der Tsipras-Regierung in die nächste Runde geht – genau wie es der Ökonom vorausgesehen hat. Und auch die immer waghalsigeren Manöver der Europäischen Zentralbank geben Anlass zur Sorge. Kritische Publizisten, die über beides verfügen, ökonomischen Sachverstand und einen ordnungspolitischen Kompass, werden auch deshalb dringend gebraucht. Weil *Philipp Bagus* über beides verfügt, über ökonomischen Sachverstand und einen ordnungspolitischen Kompass, bekommt er heute den Ludwig-Erhard-Förderpreis.

In diesem Sinne gratuliere ich den diesjährigen Preisträgern herzlich. ■



Foto: dpa

Roland Tichy und Gerhard Schröder



Roland Tichy und Holger Steltzner



Roland Tichy, Philipp Bagus, Dorothea Siems



Roland Tichy, Florian Meyer-Hawranek, Dorothea Siems



Roland Tichy, Massimo Bognanni, Simon Book, Dorothea Siems



Massimo Bognanni



Simon Book



Dorothea Siems



Gerhard Schröder



Holger Steltzner



Holger Steltzner, Gerhard Schröder, Roland Tichy



Philipp Bagus, Florian Meyer-Hawranek, Massimo Bognanni, Gerhard Schröder, Simon Book



Trio Laccasax



Philipp Bagus, Massimo Bognanni, Florian Meyer-Hawranek, Simon Book



Massimo Bognanni, Holger Steltzner, Simon Book



Gerhard Schröder und Roland Tichy

■ Die Agenda 2010 hat diese Würdigung verdient

Gerhard Schröder
Bundeskanzler a.D.

„Manche bezeichnen die Agenda 2010 sogar als die tiefgreifendste Reform in der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Das ist sicher etwas übertrieben, aber ganz falsch auch nicht.“



Angesichts der Kämpfe, die wir, lieber Herr *Schäuble*, verbal miteinander austragen haben – austragen mussten im Übrigen –, war das jetzt schon bald eine liebevolle Laudatio. Das hatte ich nun nicht erwartet, muss ich Ihnen ehrlich sagen, und ich bin bereit, mich zu revanchieren. Irgendwann wird sich die Ludwig-Erhard-Stiftung ja mit der Frage befassen müssen, ob Sie den Preis nicht auch verdient haben. Und dann bin ich bereit, falls die Stiftung will, den Vortrag zu halten. Meiner wird frei von jeder Ironie sein – das verstehe ich nämlich nicht – und mindestens ebenso respekt- und liebevoll. Das will ich Ihnen versprechen.

Sie haben an einem Punkt gesagt, ich wollte, anders als *Helmut Kohl*, vielleicht doch die Wahl 2005 verlieren. Dem war nicht so. Und wenn ich mir das Ergebnis selbst in der Niederlage angucke und mit Ergebnissen von heute vergleiche, war

das schon ein fulminantes Ergebnis. Aber in einem Punkt haben Sie mit Ihrer nachdenklichen Bemerkung über die Frage, was Politik und Wahlen miteinander zu tun haben, schon recht. Man kann, man darf von einer Politikerin oder einem Politiker nicht erwarten, dass sie oder er gleichsam freiwillig sein Amt aufgibt, um der Ludwig-Erhard-Stiftung zu gefallen. Man muss aber von Politikerinnen und Politikern erwarten, dass sie in bestimmten Situationen jedenfalls das Risiko eingehen, eine Wahl zu verlieren, wenn es denn wichtig ist fürs Land. Und das ist genau das, was man gelegentlich vermisst – nicht nur ich, andere auch.

Aber ich möchte zunächst, meine Damen und Herren, allen Preisträgern herzlich gratulieren: Herrn *Steltzner*, dessen Leitartikel sogar ich lese, natürlich nicht immer inhaltlich teile, sowie vor allen Dingen den mit den Förderpreisen ausgezeichneten, die – wir haben es gehört von Frau *Siems* – wichtige Beiträge zur Wirtschaftspublizistik geleistet haben. Was meine Auszeichnung anbetrifft: Ich habe damit wirklich nicht gerechnet, aber ich freue mich darüber, und zwar deshalb, weil ich finde, dass es ja auch eine Würdigung der Agenda 2010 ist. Und die hat, wenn ich mir die Wirkungen anschau, unabhängig von denen, die sie gemacht haben, eine solche Auszeichnung verdient. Wir haben sie begriffen als – und sie war es denn auch – ein sehr umfassendes Modernisierungsprogramm. Manche bezeichnen die Agenda 2010 sogar als die tiefgreifendste Reform in der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Das ist sicher etwas übertrieben, aber ganz falsch auch nicht.

■ Gute Gelegenheit für einen Appell

Mit diesen Reformen wurde damals, inzwischen vor mehr als zehn Jahren, auf zwei Herausforderungen reagiert: die der Globalisierung, aber eben auch die des demografischen Wandels. Dafür war zweierlei notwendig: zum einen die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme, um sie intakt und vor allen Dingen um sie bezahlbar zu halten und damit zukunftssicher zu machen; zum anderen wollten wir eine stärkere Orientierung der staatlichen Investitionen auf Innovation, Forschung und Bildung, also das Investieren in die einzige Ressource, die unser Land wirklich hat: das Können und die Köpfe seiner Menschen. Das heute in Erinnerung zu rufen, halte ich für wichtig. Denn angesichts exzellenter Wirtschafts- und Haushaltsdaten – Respekt also! – sind die genannten Herausforderungen in der öffentlichen Debatte doch etwas in den Hintergrund getreten. Ich habe diesen Preis gerne angenommen, weil dies eine gute Gelegenheit ist für einen Appell. Deutschland, so denke ich, kann sich dem Veränderungsdruck der Globalisierung und der demografischen Entwicklung nicht entziehen. Die Politik muss darauf reagieren, und dies immer wieder.

Unser Land hat – jedenfalls nach meinem Eindruck – nach der Agenda 2010 eine „Reformpause“ eingelegt. Wir haben gehört, dass das auch nachvollziehbar ist, und ich weiß nicht, ob ich es anders hätte machen können. Aber diese Reformpause ist trotzdem problematisch. Die Durchsetzung von Reformen war ein schwieriger, ein

umstrittener Prozess, für den die Beteiligten – und ich weiß, worüber ich rede – einen hohen Preis bezahlt haben. Sie werden wissen, dass auch ich nicht freiwillig gegangen bin. Und manche haben daraus Konsequenzen gezogen: nämlich die Deutschen zunächst einmal mit Reformen in Ruhe zu lassen. Das betrifft übrigens nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition. Das hat gut funktioniert, weil die positiven Wirkungen der Agenda 2010 nachhaltig waren. Übrigens: nachhaltiger, als ich es selbst, aber eben auch Teile der Wissenschaft vermutet haben. Trotz der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 steht Deutschland ökonomisch, aber eben auch arbeitsmarktpolitisch glänzend da.

Aber diese Phase – ich will es mal so sagen: „Biedermeierzeit“ – ist nun endgültig zu Ende. Wir stehen vor immensen Herausforderungen, die mit einem einfachen „Weiter so“ nicht mehr zu bewältigen sind. Die Globalisierung – wir spüren das gerade; die Bevölkerung spürt es auch, denn die Wahlergebnisse, die wir zur Kenntnis zu nehmen hatten, hatten auch damit zu tun –, die Globalisierung hört ja nicht auf, sondern geht weiter. Und sie ist – und das muss man den Demagogen sagen – eben nicht durch nationalstaatliches oder auch protektionistisches Handeln zu stoppen. Die demografische Entwicklung ist in fast allen entwickelten Industrienationen sehr ähnlich, und sie lässt sich etwa bei Sozialabgaben oder auch bei der Rente eben nicht austricksen. Wir müssen vor diesem Wandel, dessen bin ich sicher, keine allzu großen Sorgen haben, aber wir müssen nachhaltige Antworten finden. Die Rente mit 63 ist das mit Sicherheit nicht!

■ **Mit viel Herz, aber ohne Plan wurde auf den Migrationsdruck reagiert**

Zudem erleben wir einen verstärkten Migrationsdruck, ausgelöst durch Konflikte in der europäischen Nachbarschaft, aber auch bedingt durch die großen Einkommensunterschiede innerhalb Europas. Auch das ist keine neue und unvorhersehbare Entwicklung, wenn auch die europäische und die deutsche Politik zu spät reagiert haben. Als es dann so weit war – das muss ich noch einmal wiederholen –, wurde mit viel Herz, aber eben ohne Plan gehandelt. Wir bewegen uns in einer Zeit von Unsicherheiten, weil manche Selbstgewissheiten infrage stehen. Der Prozess der europäischen Integration, der fast sechs Jahrzehnte andauerte, ist gestoppt. Mit dem Brexit erleben wir eine Zäsur, die weit über das Ökonomische hinaus eine politische Dimension besitzt. Und wir spüren weiterhin die Nachwirkungen der europäischen Währungs- und Finanzkrise, die im Kern, da stimmen wir sicher überein, auch eine Strukturkrise ist, jedenfalls in den Ländern, in denen sie besonders wirksam ist. Zudem sind die Risiken für die Weltwirtschaft, die von den Konflikten und Kriegen in Nordafrika, dem Nahen und Mittleren Osten und in der Ukraine ausgehen, nicht so kalkulierbar, wie wir das miteinander vielleicht doch gerne hätten. Sie haben – auch wegen der Schwäche der Schwellenländer – bereits die Wachstumsaussichten der Weltwirtschaft eingetrübt, und das ist für eine Exportnation wie Deutschland eine große Gefahr.

Auf diese Herausforderungen muss Deutschland reagieren. Wir sind die größte europäische Volkswirtschaft. Wir sind die drittgrößte Exportnation der Welt. Und wir haben eine politische wie wirtschaftliche Verantwortung, die auch weit über unsere nationalen Grenzen hinausgeht. Als wir die Agenda 2010 beschlossen haben, waren wir – um ein englischsprachiges Magazin zu zitieren – der „sick man of Europe“. Die Agenda 2010 hat dazu beigetragen, dass wir heute in Europa eine prosperierende Wirtschaftsmacht sind.

■ **Deutschlands Reformpause beenden!**

Über diese Position können wir uns freuen, aber daraus ergeben sich größere politische Möglichkeiten als früher – aber eben auch eine größere politische Verantwortung in und für Europa. Damit wir diese auch in Zukunft wahrnehmen können, müssen wir auf die skizzierten Herausforderungen reagieren, durch eine moderne und wieder einmal reformorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik. Und aus diesem Grund, denke ich, kann man den Preis verstehen. Es ist Zeit, Deutschlands Reformpause zu beenden. Um nur einige Aufgaben zu beschreiben:

■ Bei der Rente wird es um eine Flexibilisierung des Renteneintritts gehen müssen, langfristig auch um eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters.

■ Stärkere öffentliche Investitionen, insbesondere in die Infrastruktur sind notwendig.

■ Die Energiepolitik muss so gestaltet werden, dass sie den Industriestandort stärkt und nicht schwächt. Denn die Industrie wird neben dem Mittelstand die zweite Säule unserer Volkswirtschaft bleiben.

■ Schließlich muss entlang der gesamten Bildungskette – von der frühkindlichen Betreuung bis hin zu den Universitäten – mehr investiert werden. Heute in die Ausbildung junger Menschen sowie in die Forschung zu investieren, liegt in der Logik unternehmerischen, aber eben auch politischen Handelns.

Lassen Sie, meine Damen und Herren, mich eine Anmerkung machen zu der wohl aktuellsten Herausforderung der deutschen und der europäischen Politik, der Flüchtlings-, Migrations- und Integrationspolitik. Ich würde es so formulieren: Deutschland ist sehr stark, das ist richtig. Und wir können die Aufgaben bewältigen, wir können das also schaffen – aber nur, wenn wir die Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen; und wenn wir die Debatte versachlichen und die beiden Volksparteien gemeinsam nach Lösungen suchen. Das ist – das erlaube ich mir zu sagen – sicherlich zwischen SPD und CDU leichter als zwischen CSU und CDU.



■ Ein modernes Zuwanderungsrecht ist nötig – und zwar jetzt!

Ein Blick auf die Weltkarte macht klar, dass es hier keine nationale Lösung geben wird. Wir brauchen internationale Ansätze, insbesondere bei der Bekämpfung der Fluchtursachen, aber eben auch bei der Ausgestaltung und Ausstattung der Flüchtlingslager in den betreffenden Regionen. Der Bundesaußenminister arbeitet – ich denke, mit Ihrer Unterstützung, Herr *Schäuble* – hier an Lösungen, die nicht einfach durchzusetzen sind, wie wir wieder einmal bei der Tagung der Vereinten Nationen gesehen haben. Und zudem müssen wir national einen Weg finden, wie wir legale Zuwanderung nach Deutschland ermöglichen. Zuwanderung und Asyl müssen entkoppelt werden! Alles andere führt zu Misserfolgen in der bürokratischen Bewältigung der Asylpolitik. Dafür brauchen wir – wir haben oft darüber gestritten – ein modernes Zuwanderungsgesetz, ähnlich wie die USA oder auch Kanada es haben: für Arbeitskräfte, die wirklich qualifiziert sind. Und den Rest müssen wir qualifizieren.

Bereits im Jahr 2030 werden uns in Deutschland aufgrund der demografischen Entwicklung sechs Millionen erwerbsfähige Menschen fehlen. Das wird erhebliche Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, auch auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und natürlich auch auf die Wachstumschancen haben. Es wird auch Auswirkungen auf unsere umlagefinanzierte Sozialversicherung haben. Die Zuwanderung von Fachkräften kann einen Beitrag leisten, um sie zu stabilisieren. Aber das wird eben nur dann funktionieren, wenn diese jung und qualifiziert sind und schnell gut bezahlte Arbeit finden. Das sicherzustellen, dafür braucht es neben der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik ein modernes Zuwanderungsrecht. Und die Politik muss es unter dem Druck der Verhältnisse jetzt leisten.

Meine Damen und Herren, aus den deutschen Reformen können im Übrigen Lehren gezogen werden für die europäische Politik. In der Eurozone – das sollte man bei aller Kritik auch nicht vergessen – sind in den vergangenen Jahren wichtige Entscheidungen getroffen worden, die die Gemeinschaftswährung krisenfester, wenn auch noch nicht krisenfest genug gemacht haben. Der Europäische Stabilitätsmechanismus und die Bankenunion waren wichtige Schritte, die das Vertrauen gestärkt haben. Aber wir sehen zugleich, dass die expansive Geldpolitik der EZB, die ich im Übrigen für richtig halte, leider in der Realwirtschaft nicht so ankommt, wie man das dort gerne möchte und wie wir das alle sicher gerne möchten. Hier müssen die nationalen Regierungen handeln, indem sie die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften durch Strukturreformen verbessern – vergleichbar mit dem, was wir miteinander vor zehn Jahren durchgesetzt haben.

■ **Austerität darf nicht die einzige Antwort der europäischen Politik sein**

Es gibt eine Erfahrung aus der Historie der Agenda 2010, die auch für die heutige Zeit entscheidend sein kann: Diese Reformen haben nur zusammen mit Wachstumsimpulsen gewirkt. Es hat einige Jahre gedauert und eine wirtschaftliche Belebung gebraucht, bis sie ihre ganze Wirkung entfalten konnten. Zeitlich zusammenfallend mit einer strikten Sparpolitik wären die Reformen damals kaum durchsetzbar gewesen. Und sie hätten sich auch wirtschaftlich nicht so schnell als erfolgreich erwiesen. Wir haben ja, lieber Herr *Schäuble*, damals häufig darüber gestritten, warum wir für zwei Jahre die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verletzt haben. Das haben wir in der Tat getan. Wenn wir das anders entschieden hätten, als es um die Durchsetzung der Agenda ging, hätten wir zwischen 15 und 20 Milliarden Euro zusätzlich einsparen müssen. Und das hätte das Scheitern dieser Reformpolitik bedeutet, weil wir keine Durchsetzungsmöglichkeiten mehr dafür gehabt hätten. Das war einer der Gründe, die uns bewogen haben, ganz in diesem Sinne, den Sie skizziert haben, einen Kompromiss zu suchen zwischen dem, was uns damals wichtiger erschien, und dem strikten Einhalten der Stabilitätskriterien.

Austerität darf also nicht die einzige Antwort der europäischen Politik sein; und sie ist es ja auch nicht, wenn man genau hinschaut. Es sind Investitionen und haushaltspolitische Freiräume für die Nationalstaaten notwendig. Und diese Freiräume sollte die Europäische Kommission gewähren – wie sie es jetzt bereits im Fall von Spanien getan hat. Und ich sage ausdrücklich: Es ist gut, dass der deutsche Bundesfinanzminister, von dem man ja anderes erwartet hatte, Spanien hier keine Steine in den Weg gelegt hat. Das war einer jener Kompromisse, die Sie beschrieben haben und die in der europäischen Politik angesichts der unterschiedlichen Kulturen in der Tat gelegentlich notwendig sind. Den Ordnungspolitikern kann das nicht gefallen. Aber die müssen ja auch keine Wahlen gewinnen und wollen das ja auch gar nicht.

■ Größtmögliches Politikversagen in Großbritannien

Meine Damen und Herren, die europäische Integration hat in den vergangenen Jahren ohne Zweifel Rückschläge erlitten. Und der beschlossene Austritt Großbritanniens zählt dazu. Ich habe während meiner Zeit als Kanzler bei meinen europäischen Kollegen einige unverantwortliche Entscheidungen erlebt. Ich spreche nicht nur vom Irak-Krieg, auch von anderen Dingen. Im Übrigen: Ich bin der letzte, der sich selber von Fehlern freisprechen möchte. Aber was der britische Premierminister, Herr *Cameron*, gemacht hat, gehört in die Kategorie des wohl größtmöglichen Politikversagens. Er hat im Prinzip einen Konflikt, den er innerhalb seiner eigenen Partei nicht lösen konnte, dem Volk zur Abstimmung vorgelegt.

Damit hat er nicht nur der europäischen Integration einen schweren Schlag versetzt. Er hat damit möglicherweise, wenn ich an die Diskussion in Schottland denke, auch die Existenz des Vereinigten Königreichs infrage gestellt. Die mittel- bis langfristigen Auswirkungen des Brexit-Referendums lassen sich gegenwärtig sicher noch nicht voll beurteilen; bisher wurde der Austritt noch nicht einmal offiziell beantragt. Aber ich denke, man muss davor warnen – wegen der anderen, die darauf schauen –, den Briten allzu weit entgegenzukommen. Das könnte negative Wirkungen etwa in Norwegen oder in der Schweiz haben, denn mögliche Zugeständnisse könnten anderen EU-Gegnern in den Mitgliedstaaten in die Hände spielen und diese Länder vielleicht auch auf Austrittsgedanken bringen.

Für die britische Wirtschaft muss man wohl größere Probleme erwarten. Die kräftige Abwertung des Pfundes mag der Exportwirtschaft kurzfristig helfen. Dennoch denke ich, dass Großbritannien als Folge einer Investitionszurückhaltung eher vor einem realwirtschaftlichen Abschwung steht. Diese schmerzhaft Erfahrung, die die Briten machen werden, wird hoffentlich dazu führen, dass andere Staaten dem britischen Beispiel nicht folgen werden.

■ Das Konzept flexibler Integration

In der Folge wird es im Interesse des Euro zu mehr Integration jedenfalls in der Eurozone kommen. Denn langfristig muss der Strukturfehler behoben werden, unter dem die Währungsunion seit ihrer Gründung gelitten hat: Die vergemeinschaftete Geldpolitik steht einer national verantworteten Finanz- und Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten gegenüber. Mindestens die Eurozone braucht eine koordinierte Finanz-, Wirtschafts- und auch Sozialpolitik. Und ich weiß, wie schwer das sein wird, die Nationalstaaten von einem Abtreten von Hoheitsrechten zu überzeugen. Aber mir scheint, dass das ein notwendiger Weg ist, wenn man diese Währung auf Dauer stabilisieren will. Und die Deutschen haben ein ganz großes, vielleicht das größte Interesse daran, dass das geschieht. Damit nähern wir uns in Europa dem Modell des Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, das *Wolfgang Schäuble* – man höre und staune! – schon 1994 skizziert hat. Ich habe mir das in den letzten Jahren häufig zu Gemüte geführt. Vielleicht wird das Konzept flexibler

Integration die Antwort auf die europäische Krise sein: ein Europa, das sich in drei Gruppen unterteilt:

- die Eurozone mit einem sehr hohen Integrationsgrad, insbesondere in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik;
- die Staaten, die Mitglied der Europäischen Union, aber nicht Teil der Eurozone sind, mit einem abgestuften Integrationsgrad;
- als dritte Gruppe Staaten wie die Schweiz, Norwegen und dann, wenn sie es wirklich tun, eben auch Großbritannien – mit oder ohne Schottland –, die über Verträge eng an die Union gebunden sind.

Das Konzept flexibler Integration mag im Übrigen auch ein Weg sein, wie die Staaten des westlichen Balkans, aber auch die Türkei erfolgreicher Teil der europäischen Integration werden können. Und ich merke an: Es ist eines fernen Tages auch eine Möglichkeit, um Russland wieder näher an die Europäische Union heranzuführen, etwa über ein Assoziierungsabkommen.

■ Ohne soziale Sicherheit wird Freiheit als Bedrohung empfunden

Meine Damen und Herren, unsere Wirtschaftsordnung hat in den vergangenen sieben Jahrzehnten dafür gesorgt, dass die Menschen in unserem Land – zunächst im Westen, später dann auch im Osten – in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben konnten. Es ist eine Wirtschaftsordnung, die die Früchte des Wachstums gerecht – nicht jedem gerecht genug, auch mir nicht – verteilt und die Teilhabe an den Bildungschancen weitgehend erhält. Das müssen wir nicht nur bewahren, sondern verbessern. Denn wenn das nicht gelingt, dann schafft das letztlich ein Demokratieproblem. Ohne soziale Sicherheit wird Freiheit eben als Bedrohung empfunden.

Niemand hat diesen Gestaltungsbedarf im Übrigen klarer formuliert als *Ludwig Erhard* selbst. Dieses deutsche Erfolgsmodell ist unter den heutigen nationalen wie internationalen Herausforderungen in Gefahr. Und genau hier ist demokratische Politik gefordert. Sie muss unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft auf diese Herausforderungen einstellen. Und dazu braucht es weitergehende Reformprozesse. Das, meine Damen und Herren, ist mein Rat an die heute politisch Handelnden. Und verbunden mit diesem Rat noch einmal herzlichen Dank für Ihren Preis und Ihre Aufmerksamkeit! ■

■ Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit

Holger Steltzner

Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

„Der Vertrauensverlust in alle etablierten Parteien geht an die Substanz, weil die Frage der Sicherheit weder rechts noch links noch liberal ist.“



Dass ich zusammen mit *Gerhard Schröder* den Ludwig-Erhard-Preis erhalten werde, hätte ich mir im Traum nicht vorstellen können. Und dass dann sogar noch *Wolfgang Schäuble* eine so humorvolle Laudatio mit wunderbaren Anspielungen hält, erst recht nicht. Als mich die Nachricht von dieser spannungsvollen Preisvergabe erreichte, dachte ich spontan an einen Moment in unserer großen Redaktionskonferenz. Damals war nicht nur der Wirtschaftsteil der F.A.Z. – kaum zu glauben – voll des Lobes für die SPD, sondern ich rühmte die Agenda 2010 von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* auch noch als eine der größten Reformen überhaupt. Da fragte mein damaliger politischer Herausgeberkollege entgeistert: „Sie loben einen SPD-Kanzler?“ Ja, das tat ich aus Überzeugung, und ich erzähle das heute gerne, weil Ihr Vorgänger im Kanzleramt, lieber Herr *Schröder*, zu meinem Vorgänger im Herausgebergremium einmal sagte, er wolle Wahlen und keinen Ludwig-Erhard-Preis gewinnen.

Die entschlossene Reformpolitik der Agenda 2010 hat diesen Preis wahrlich verdient. Aber Wahlen gewinnt man damit schwerlich. Das wissen auch unsere europäischen Partner, weshalb sie allenfalls höflich zuhören, wenn ihnen auf einem der unzähligen Krisengipfel mal wieder die deutsche Agendapolitik als Reformvorlage empfohlen wird. In einem unserer Gespräche, lieber Herr *Schäuble*, haben Sie zu meiner Überraschung die Urheberschaft für die Agenda 2010 mal für die Union reklamiert. Ich weiß nicht, ob wir diese Frage heute Abend noch klären können. Aber das wäre ein brillanter Coup. Die CDU hätte die Idee, die der Kanzler *Schröder* in die Tat umsetzt, woran die SPD schwer und lange trägt, wofür er am Ende immerhin den Ludwig-Erhard-Preis erhält, damit Sie, lieber Herr *Schäuble*, eine liebevolle Laudatio auf ihn halten können.

■ **Verdruss über die Globalisierung**

Nun aber zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen, die uns umtreiben. Ein Vierteljahrhundert nach dem Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus, schwingt das Pendel zurück. Die Welt wird als immer ungerechter empfunden, obwohl sie immer gleicher wird. Zwar werden auch auf der Südhalbkugel die Menschen älter, sind gesünder als früher, ist die Kindersterblichkeit geringer und wird die Bildung vor allem der Mädchen besser. Dennoch steht für viele Menschen fest, dass mit der Globalisierung der Norden den Süden ausbeutet und die Marktwirtschaft die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Es ist paradox: Je mehr durch Globalisierung und Digitalisierung sich Lebensumstände und Lebenserwartung auf der Welt angleichen, desto lauter wird nicht nur im Westen die Kritik daran. Der Grund hierfür liegt in der zunehmenden sozialen Spaltung innerhalb der meisten alten und neuen Industriestaaten. Diese neue Spaltung wird uns lange beschäftigen, und sie hat gravierende Auswirkungen, wie etwa der Brexit und die Migration zeigen.

Im Ausstiegsvotum der Briten spiegelt sich der Verdruss über die Globalisierung. Den ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel zurückdrehen, lautete die Botschaft der „Brexiters“; dieselbe Motivation treibt *Donald Trump* in Amerika die Wähler zu und macht die Populisten in Europa stark. Man kann in dem Traum von der „guten, alten Zeit“ auch so etwas wie eine Gegenbewegung zum Fortschrittsglauben des Silicon Valley sehen.

Politiker aus allen Lagern erklären die Brexit-Entscheidung mit dem sozialen Graben in der Gesellschaft. Vor allem diejenigen haben aufbegehrt, die sich zurückgelassen fühlen, die Menschen in den tristen Städten im nördlichen England und auf dem Land. Die modernen Errungenschaften wie die Globalisierung oder das grenzenlose Europa, die von den Eliten in London gefeiert werden, haben für sie keinen Wert. Die „Brexiters“ versprachen ihnen, die Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse zurückzuerobern. Mittlerweile hat sogar die neue Regierungschefin *Theresa May* dem „Big Business“ den Kampf angesagt, mit den Worten, dass das Land „nicht mehr nur für die wenigen Privilegierten funktionieren darf“. Nicht einmal den Versuch soll es geben, Britannien in der Europäischen Union zu halten, versprach *May*.

Brüssel sollte sie beim Wort nehmen und sich auf harte Trennungsverhandlungen einstellen. Die Briten werden alles tun, um sich und der Welt zu beweisen, dass das Königreich auch außerhalb der EU erfolgreich sein kann. Genau das will Brüssel verhindern, da man Nachahmer fürchtet und dann die Erzählung von der Notwendigkeit einer großen EU in der globalisierten Welt nicht mehr überzeugt.

■ **Brüssel ist nicht verantwortlich für die soziale Spaltung Britanniens**

Hoffentlich versucht die EU nicht, in den Brexit-Verhandlungen ein Exempel zu statuieren. Weil wir die Briten brauchen und sie uns, und weil Britannien zu Europa gehört, so wie auch die Schweiz oder Norwegen. Deshalb sollte die EU mit dem Königreich ein Marktöffnungsabkommen vereinbaren, das nur eine bedingte Personenfreizügigkeit vorsieht. Die positiven Wirkungen des Freihandels werden oft gleichgesetzt mit den Vorzügen einer freien Wanderung von Personen. Doch das ist nicht so. In der Regel sorgt der Freihandel für ein symmetrisches Wachstum von Importen und Exporten. Zwar kennt auch der Freihandel Gewinner und Verlierer, doch sind die Gewinne größer als die Verluste, sodass durch Umverteilung alle bessergestellt werden können. Die Freizügigkeit von Personen schafft perfekte Möglichkeiten zur Ein- und Auswanderung, aber sie wirkt asymmetrisch. Je besser die Institutionen und die Politik und je höher die Einkommen in einem Land sind, desto stärker wird die Wanderung dorthin. Gesamtwirtschaftlich betrachtet wächst das Pro-Kopf-Einkommen im Zielland nur, wenn besonders qualifizierte Leute kommen. Die Einwanderer selbst sind die größten Gewinner der Personenfreizügigkeit. Deren Gewinne können aber nicht prozentual umverteilt werden, weil die EU keine Diskriminierung zwischen Einwohnern und Einwanderern zulässt. Dieses Verbot führt dazu, dass die Einheimischen implizit geschützt werden, etwa durch besonderen Kündigungsschutz für langjährige Arbeits- oder Mietverträge. Das führt in Ländern wie Frankreich oder Italien zu einer wachsenden Kluft zwischen Alt und Jung am Arbeits- und Wohnungsmarkt. Es wäre besser, auf asymmetrische Wanderungsbewegungen in der EU mit befristeten Einschränkungen zu reagieren, als den Keil zwischen Alt und Jung zu vergrößern.

Für die soziale Spaltung Britanniens ist allerdings Brüssel nicht verantwortlich. Der Großraum London und die wissenschaftlichen Zentren Cambridge oder Oxford entwickeln sich dynamisch, während die englische Provinz unter dem Niedergang der alten britischen Industrie leidet. Außerhalb der Wachstumszentren geht es der Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht schlechter als der vorherigen Generation. Viele machen die EU-Integration zum Sündenbock. Englische Arbeiter erleben die Verdrängung durch Migranten als Gefahr, weil oftmals polnische Einwanderer ihren Job billiger und zuverlässiger erledigen.

Die Verlierer dieses Wandels werden vor allem in angelsächsischen Ländern immer mehr. Der Traum von einer schönen Zukunft als Dienstleistungsgesellschaft ist geplatzt. Nicht alle können unter kalifornischer Sonne Computer programmieren und viel Geld verdienen. Der Alltag im modernen Dienstleistungsproletariat sieht

anders aus; häufig zwingt der magere Lohn die Menschen in einen Zweitjob, der auch nicht besser bezahlt ist. Das Modewort Disruption wird gerne benutzt, um die Umbrüche zu bezeichnen, die mit der Digitalisierung fast aller Branchen und Lebensbereiche verbunden sind. Doch der Begriff beschreibt mehr als nur technische Innovation. Es ist ein anderes Wort für die „kreative Zerstörung“ von *Joseph Schumpeter*. Diese unglaubliche Erneuerungskraft der Marktwirtschaft treibt den technischen, politischen und wirtschaftlichen Wandel voran und sorgt für Wachstum. Zwar „muss sich alles ändern, damit alles so bleiben kann, wie es ist“, wie der Schriftsteller *Tomasi di Lampedusa* schrieb. Doch das hat auch einen Preis, der oft verschwiegen wird. Wer im beschleunigten Wandel nicht mithalten kann, der verliert, dem droht der soziale Absturz.

■ Der Computer vernichtet Arbeitsplätze – vielleicht mehr, als er schafft

In den alten Industriegesellschaften läuft der Wohlstandszuwachs der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg aus. In Amerika schließt der soziale Abstieg auch Millionen weiße Männer ohne Hochschulabschluss vom Arbeitsmarkt und vom Heiratsmarkt aus. Deren Verbitterung ist nachvollziehbar, auch die der jungen Europäer, die in den Krisenstaaten des Euroraums ohne Perspektive aufwachsen. Dem Pew Research Center zufolge lag 2014 in vier von fünf amerikanischen Metropolregionen das Medianeinkommen der privaten Haushalte niedriger als 1999, obwohl die durchschnittliche Wirtschaftsleistung pro Kopf um ein Drittel gestiegen war. Folglich ändert sich die Verteilung des Wohlstands, der Anteil der Rentner wächst, die Angst vor Altersarmut steigt und die Einwanderung verschärft den Kampf am Arbeits- und Wohnungsmarkt. Im Zuge der Globalisierung wurden viele Arbeitsplätze von Amerika oder Europa nach Asien exportiert, während der technische Wandel die traditionellen Geschäftsmodelle in fast allen Branchen bedroht.

Wie sollen Politik und Wirtschaft auf diese soziale Bewegung reagieren, die sich gegen Eliten, Wettbewerb und Fortschritt richtet? Können die Abgehängten überhaupt von den Vorteilen des freien Handels oder der Migration überzeugt werden? Wenn man wie früher auf die Vorteile der Marktwirtschaft gegenüber dem Sozialismus verweisen könnte, wäre es einfach, da diese auf der Hand liegen. Doch in der neuen Kapitalismuskritik geht es nicht um den Wettbewerb von Systemen, sondern um den Wunsch nach Bewahrung, um die Verteidigung des erreichten Wohlstands, um den Schutz vor zu schneller Veränderung. Wie will man einen Facharbeiter davon überzeugen, dass es gut für ihn ist, wenn die Digitalisierung seinen Arbeitsplatz überflüssig zu machen droht? Warum soll eine Steuerprüferin sich darüber freuen, wenn der Algorithmus ihr künftig die Arbeit abnimmt? Natürlich entstehen durch die Digitalisierung viele neue Berufe. Aber der Computer vernichtet auch Arbeitsplätze, vielleicht sogar mehr, als er schafft.

Wenn es stimmt, dass alles digitalisiert wird, was digitalisiert werden kann, dann steht die Mitte der Gesellschaft überall im Westen vor einem gewaltigen Umbruch. Der Druck auf alle Mittelschichtberufe wird zunehmen, die künstliche Intelligenz



immer mehr Aufgaben von bislang gut bezahlten Fachkräften übernehmen. Diese Erkenntnis ist so unbequem, dass die Politik sie lieber ignoriert. Weil solche Wahrheiten von kaum einem Politiker oder Ökonom angesprochen werden, verlieren Parteien und Fachleute an Glaubwürdigkeit. Der Vertrauensverlust macht es den Gegnern der Marktwirtschaft leicht, das Zerrbild einer selbstsüchtigen Elite zu zeichnen. Wie in den Vereinigten Staaten haben sich auch in anderen Ländern des Westens im Lauf der Zeit zwei politische und ökonomische Lager gebildet, die mehr oder weniger immer dieselbe Empfehlung abgeben. Die Anhänger von staatlichen Interventionen reden hohen Steuern, mehr Umverteilung und schuldenfinanzierten Ausgabenprogrammen das Wort. Die Marktliberalen hingegen setzen auf solide Staatsfinanzen, niedrige Steuern und freie Märkte. Weder das eine noch das andere Lager hat die politisch passende Antwort für diesen Strukturbruch. Denn die Leute wollen weniger Wettbewerb, aber die Mittelschicht will auch nicht mehr Steuern zahlen.

■ Die Frage der Sicherheit ist weder rechts noch links noch liberal

Auch weil Politiker und die meisten Medien in der Flüchtlingskrise bis zur Kölner Silvesternacht eine ganz andere Stimmung verbreiteten als in der Bevölkerung vorherrschte, baute das „Wir-schaffen-das-Mantra“ von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* kein Vertrauen auf – im Gegenteil. Einer aktuellen Befragung von Allensbach zufolge wächst in der mittleren Generation die Zukunftsangst sprunghaft. Das hat viel mit Flüchtlingen zu tun, wirtschaftlich geht es dem Land ja gut. Als die Bevölkerung nach den Anschlägen im Sommer befragt wurde, hatten zwei Drittel das Gefühl, dass Terror und Gewalt zu unserem Alltag gehören. Fast die Hälfte war

davon überzeugt, dass die Terrorrisiken geringer wären, wenn Deutschland nicht so viele Flüchtlinge aufgenommen hätte.

Für alle im Bundestag vertretenen Parteien ist es ein Problem, dass sie in der Flüchtlingsfrage von den Wählern als einheitlicher Block wahrgenommen werden. Der Vertrauensverlust in alle etablierten Parteien geht an die Substanz, weil die Frage der Sicherheit weder rechts noch links noch liberal ist. Nicht nur die Terrorangst höhlt das Gefühl für Sicherheit aus. Auch die gut organisierten Einbrecherbanden aus Osteuropa tragen zum Gefühl der Bürger bei, dass Eigentum und körperliche Unversehrtheit in Deutschland nicht mehr gesichert sind. Für den Wähler war die CDU immer so etwas wie der Gralshüter für Sicherheit. Seit die Bundesregierung die Kontrolle über die Grenzen verloren hat, steht dieser Kern der Union infrage, zumal *Angela Merkel* nur widerwillig nachbessert. Dabei müsste sie doch wissen, dass es zwar Sicherheit ohne Freiheit geben kann, wie man im roten oder braunen Sozialismus gesehen hat. Aber dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.

Weil der Migrationsdruck in der globalisierten Welt mit steigendem Wohlstand in armen Ländern nicht sinkt, sondern steigt, sind Maßnahmen zur Drosselung unumgänglich und wird die Steuerung der Migration zur Daueraufgabe. Die wichtigste Ursache der gegenwärtigen Migrationswelle ist die Flucht vor Gewalt. Der langfristig wichtigste Grund für Migration ist ein anderer: die große Wohlstandskluft zwischen armen und reichen Ländern. Dem britischen Migrationsforscher *Paul Collier* zufolge ziehen Migranten von einem dysfunktionalen Sozialmodell, das der Grund für ihre Armut ist, in ein erfolgreiches Sozialmodell. Sie wollen dort von den öffentlichen Gütern profitieren. Weil ein Migrant durch Auswanderung in ein reiches Land seinen Wohlstand vervielfachen kann, entsteht ein enormer Anreiz zur Wanderung. Der UN-Bevölkerungsprognose zufolge wird sich bis 2050 die Zahl der Menschen in Afrika auf 2,5 Milliarden verdoppeln. Das rasante Bevölkerungswachstum und die hohe Jugendarbeitslosigkeit bilden ein explosives Gemisch. Hunderte Millionen wollen Umfragen zufolge aus Afrika nach Europa auswandern. Weil Migration mit hohen finanziellen und sozialen Kosten verbunden ist, migrieren nicht die Ärmsten, sondern die Wohlhabenderen der ärmsten Länder. Das führt dazu, dass mit der wünschenswerten Verbesserung der Lage in den armen Ländern der Migrationsdruck nicht sinkt, sondern erst einmal steigen wird.

■ Schützenswerte Sozialmodelle in Europa

Europa wird nicht alle aufnehmen können, ohne den eigenen Wohlstand und die Stabilität aufs Spiel zu setzen. Es gibt auch kein Recht darauf, sich gratis an den öffentlichen Gütern der reichen Länder zu beteiligen, die andere in Generationen aufgebaut haben. Weil Migranten Zielländer mit möglichst vielen Landsleuten bevorzugen, wächst der Migrationsdruck, je größer dort die Diaspora ist. Mit der Größe der Diaspora sinkt jedoch die Quote der Assimilation, weil es weniger Kontakte mit Einheimischen gibt. Dadurch steigen das Risiko von Parallelgesellschaften und das Konfliktpotenzial.

Wenn die erfolgreichen Sozialmodelle in Europa nicht Schaden nehmen sollen, darf es nur zu einer dosierten und gesteuerten Migration kommen. So wichtig es ist, den armen Ländern dabei zu helfen, erfolgreiche Sozialmodelle aufzubauen, so wichtig ist es, sein eigenes Sozialmodell zu schützen. Einwanderung, deren maßvolle Notwendigkeit kaum jemand bestreitet, stößt nur dann auf Akzeptanz, wenn die Bürger das Gefühl haben, dass sie von der Politik im Interesse des Landes gesteuert wird. Auch für die Migration, die große Herausforderung unserer Zeit, gelten *Ludwig Erhards* Mahnungen zu Maß und Mitte.

Zum Schluss bleibt mir nur noch Dank zu sagen. Ich danke der Jury für ihre spannungsvolle Wahl, ich danke meinem Vorgänger *Jürgen Jeske* für seine Förderung und die Freiheiten, die mir die Zeitung gab, und ich danke meiner Familie, dass ich diese ausleben durfte. ■

■ Schlusswort

Roland Tichy

Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung

Lieber Herr *Schäuble*, lieber Herr *Steltzner*, lieber Herr Bundeskanzler *Schröder*, ich bedanke mich, auch bei den Nachwuchspreisträgern, für Ihr Kommen!

Ludwig Erhard hat uns etwas mitgegeben: Er hat den Preis ausgeschrieben, weil er der Überzeugung war, dass man für die Marktwirtschaft kämpfen muss, argumentieren muss, publizieren muss. Und nur solange die Bürger, so sein Zitat, die Wirtschaftsordnung als wesentlichen Teil ihrer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung begreifen, wird die Idee der Sozialen Marktwirtschaft lebendig bleiben. Deswegen ist es so wichtig, dass wir diesen Preis vergeben können.

Herr *Schäuble*, Sie sprachen von der Zigarre als Symbol des Optimismus. Das ist heutzutage natürlich geradezu verboten, Sie haben es gesagt. Wir haben heute im Vorstand der Stiftung diskutiert, ob wir nicht bei der nächsten Preisverleihung ein Symbol brauchen, das wir ausgeben. Mir ist eine im Plexiglas eingeschweißte Zigarre eingefallen, konnte mich aber damit nicht durchsetzen. Gern hätte ich gewusst, welches Symbol wir dann nehmen; ich bin für Anregungen sehr dankbar. Eine Abgasplakette kann es ja nicht sein.

Lieber Herr *Schröder*, Sie sprachen von Reformstau. Ich will jetzt nicht in unseren kleinen Konflikt treten, wer und warum zu wenige oder zu viele Reformen umsetzt. Wir haben heute sehr viel gelernt, wie in einem politischen Seminar, über den Zusammenhang von Politik und Wahlen. Aber es sind nicht nur zwei Gruppen, wenn man so will, oder zwei Bedingungen, die da zusammenarbeiten. Es geht hier um mehr. Es geht um die Bürger, klar, die müssen wir überzeugen: die Wähler. Aber was mir zunehmend fehlt in Deutschland – ich weiß nicht, wie es Ihnen geht –, ist die Stimme der Wirtschaft. Ich meine jetzt nicht billigen Lobbyismus, der da irgendwie ein Gesetzchen gerade noch so ein bisschen zurechtdengelt, damit ein bisschen mehr Gewinn herauskommt, sondern ich meine eine vernünftige offene Kommunikation vonseiten der Wirtschaft.

Mir ist das bei der Auseinandersetzung über TTIP aufgefallen. Eigentlich verhandelt *Sigmar Gabriel* da für die Wirtschaft, wenn ich das so richtig verstanden habe, natürlich auch für die Menschen, die dann Arbeit haben sollen. Aber haben Sie eigentlich verstanden, warum außer dem einen oder anderen gut bezahlten Geschäftsführer eines Verbandes die Großen der Wirtschaft sich so zurückhalten? Wir machen hier plötzlich Wirtschaft ohne Wirtschaftsvertreter. Mir scheint, dass man hier Probleme etwas einseitig an die Politik delegiert und dann guckt, ob die Jungs damit durchkommen oder auch nicht. Und wenn sie nicht durchkommen, ist man ein bisschen beleidigt und geht weinen.

Keine Sorge, das ist nicht die Vorbereitung des Ludwig-Erhard-Preises für *Sigmar Gabriel*. Aber es ist der Aufruf, dass wir in Berlin dann doch allmählich mal wieder dazu übergehen müssen, dass sich auch die Wirtschaft in einem vernünftigen, nicht ganz kleinteiligen Lobbyismus dazu einstellt. Sonst überlassen wir endgültig die öffentliche Arena kaum legitimierte NGOs, die leider sehr häufig ein Geschäftsmodell aufsetzen, das sich zwar sehr human anhört, aber in Wirklichkeit auf die Maximierung von Spendeneinkommen als Hauptzweck rekurriert.

Wenn wir die heutigen Vorträge und Reden auf uns einwirken lassen, dann geht es ja letztlich immer um die Frage, wie viel Gestaltungsmacht Politik noch hat und wer die Akteure in diesem Spiel sind. Wir haben Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsvertretungen, die leider einen Teil ihrer Gestaltungsmacht verloren haben und damit auch die Bühne des Parlaments oder den Rahmen des Parlaments. Ich würde mich freuen, wenn wir in den nächsten Monaten noch mal heftig darüber diskutieren. Denn klar ist: Nur zu sagen, wer Reformen mache, gehe damit baden, ist keine positive Zukunftsbeschreibung für Menschen, die in die Politik gehen. Wer Reformen macht, muss auch dafür belohnt werden, auch wenn der Weg schwierig ist. Und der Reformstau überwindet sich; auch hier besteht eine Ökonomie zwischen Anreizen zum Handeln.

In dem Sinne will ich Sie aber nicht länger belasten. Ich würde mich freuen, wenn Sie heute noch eine Zeit lang unser Gast bleiben und kommendes Jahr wiederkommen. Es wird wieder spannend. Wir werden alles tun, um die Spannung aufrechtzuerhalten. Ich bedanke mich bei den Preisträgern, ich bedanke mich bei der Jury, bei ihrer Vorsitzenden *Ursula Weidenfeld* und bei Frau *Siems* für die Laudatio. Ich bedanke mich bei *Wolfgang Schäuble* für das große Wort. Ich wünsche Ihnen und uns einen fröhlichen Abend, den wir uns nicht verderben lassen wollen durch Pessimismus. Sie haben ja gesagt, Herr *Schäuble*, dass ein bisschen Frustrationstoleranz gebraucht wird. Wir jammern ja ein bisschen viel, und mir ist heute, als ich durch diese Stadt spazierte, noch mal aufgegangen: Das mit den blühenden Landschaften ist ja wahrscheinlich doch irgendwie wahr geworden – wenn es zumindest schon mal eine blühende Stadt ist, vielen Dank! Und das zeigt die Stärke dieses Landes und seiner Wirtschaft.

In diesem Sinne freue ich mich, dass Sie alle da sind. Ich gehe optimistisch davon aus, dass es noch sehr viel mehr Freunde der Marktwirtschaft gibt, als hier sitzen. Danke, dass Sie gekommen sind! ■

■ Presseresonanz

SPIEGEL ONLINE, David Böcking, 21.09.2016

Schmerzensgeld für Gerhard Schröder

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/gerhard-schroeder-bekommt-den-ludwig-erhard-preis-a-1113178.html>

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.09.2016, Seite 15

Warum Ordnungspolitik aus einem Guss nicht geht

Von Manfred Schäfers

Wie viel Prinzipientreue erfordert gute Wirtschaftspolitik? Wie viel Pragmatismus ist dabei erlaubt? Die Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik an den früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und F.A.Z.-Herausgeber Holger Steltzner drehte sich um diese zentralen Fragen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) beschrieb in seiner Rede seine tägliche Gratwanderung spöttelnd-ernsthaft, so wie es seine Art ist. Zugleich ging er verständnisvoll auf die Rollen der Preisträger ein.

„Angesichts der Kämpfe, die wir austragen mussten, war es eine liebevolle Laudatio“, sagte Schröder anschließend. Das habe er nicht erwartet. Er sei bereit, sich zu revanchieren. Irgendwann werde sich die Ludwig-Erhard-Stiftung mit der Frage befassen müssen, ob Schäuble den Preis nicht auch verdient habe. Er sei dann willens, den Vortrag zu halten, sagte er unter Gelächter des Publikums. Steltzner gestand, dass er sich nicht im Traum habe vorstellen können, den Ludwig-Erhard-Preis zusammen mit dem früheren Bundeskanzler zu erhalten, und berichtete, dass er sich einst mit seiner Würdigung der Agenda-2010-Politik die entgeisterte Frage eines Kollegen eingehandelt habe: „Sie loben einen SPD-Kanzler?“

Schäuble zeigte Verständnis dafür, dass die Politiker in scharfen Kommentaren zuweilen an wirtschaftspolitische Grundsätze erinnert werden müssen: „Verwässern kann es die Politik schon allein.“ Rechtfertigend wies er darauf hin, dass Politik aus einem ordnungspolitischen Guss in Europa mit seiner ungeheuren Vielfalt an politischer Kultur, Mentalität und Ideengeschichte kaum möglich sei. Das Elend in den europäischen und internationalen Verhandlungen sei, dass das Verständnis

für den deutschen Ansatz nicht immer riesig sei. „Deswegen kämpfe ich in Europa und mache ich immer wieder Kompromisse. Wenn man das als Zickzack diskreditiert, hat man es nicht vollständig verstanden.“ Doch bleibt nach seinen Worten für die Stabilität der Währungsunion notwendig, dass die Mitgliedstaaten der Währungsunion die Verantwortung für ihre Entscheidungen tragen, solange sie für die Finanzpolitik zuständig sind.

Auf die kritischen Worte zur aktuellen Wirtschaftspolitik, mit denen Stiftungsvorstand Roland Tichy die Gäste begrüßt hatte, reagierte der CDU-Politiker ironisch: „Ich gehöre ja immer noch einer Regierung an, die sich – wie sie gerade zu sagen beliebt hat – durch ein großes Maß an völliger Prinzipienlosigkeit auszeichnet.“ Zur Agenda 2010 sagte Schäuble, damit habe Schröder Deutschland wieder wettbewerbsfähig gemacht – allerdings erst, nachdem er zuvor Reformen zurückgedreht hätte. Wahr sei jedoch, dass die Agendapolitik viel Mut und Opferbereitschaft erfordert habe. Deutschland habe davon in den vergangenen zehn Jahren profitiert, was ihm wiederum das Leben schwerer mache, da unpopuläre Entscheidungen in solchen Zeiten kaum durchzusetzen seien.

Am Ende seiner Rede griff er die vielzitierte Bemerkung von Schröders Vorgänger Helmut Kohl auf: „Ich will nicht den Ludwig-Erhard-Preis gewinnen, sondern die nächsten Wahlen.“ Man könnte auf den Gedanken kommen, dass Schröder entweder diesen klugen Satz nicht gekannt habe – oder ihn für sich umgedreht habe: „Ich will nicht die nächsten Wahlen gewinnen, sondern den Ludwig-Erhard-Preis!“

Der Angesprochene wies diese Vorstellung zurück. „Wenn ich mir das Ergebnis selbst in der Niederlage angucke und mit Ergebnissen von heute vergleiche, war das ein fulminantes Ergebnis“, sagte Schröder selbstbewusst. Die Politik müsse in bestimmten Situationen das Risiko eingehen, eine Wahl zu verlieren, wenn es wichtig sei für das Land. „Das ist das, was man gelegentlich vermisst.“ Deutschland habe eine Reformpause eingelegt, kritisierte er. „Wir stehen vor immensen Herausforderungen, die sich mit einem einfachen ‚Weiter so‘ nicht bewältigen lassen!“ Nicht zuletzt an die eigene Partei gerichtet, sprach er von der Notwendigkeit, ein flexibleres und langfristig höheres Eintrittsalter bei der Rente zu schaffen.

Steltzner ging auf den paradoxen Umstand ein, dass die Welt als immer ungerechter empfunden wird, obwohl sie immer gleicher wird. Der Grund liege in der zunehmenden sozialen Spaltung in den Industriestaaten. Dies habe gravierende Auswirkungen, wie etwa der Brexit zeige. Er warnte die EU davor, in den Verhandlungen mit London ein Exempel zu statuieren: „Weil wir die Briten brauchen und sie uns, und weil Britannien zu Europa gehört, so wie die Schweiz oder Norwegen.“ Brüssel sollte daher mit dem Königreich ein Abkommen abschließen, das nur eine bedingte Personenfreizügigkeit vorsehe. ■

Börsen-Zeitung vom 22.09.2016, Seite 16

Der Ludwig-Erhard-Preis als Reformappell

Von Claus Döring

„Ich hab damit wirklich nicht gerechnet, aber ich freu mich darüber“, gestand Altkanzler Gerhard Schröder ein wenig angerührt ein, als er am Dienstagabend den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik in Berlin entgegennahm. Auch für Festredner und Laudator Wolfgang Schäuble war der Sozialdemokrat Schröder nicht der geborene Preisträger dieser Auszeichnung, die jährlich von der 1967 vom Namensgeber selbst gegründeten Ludwig-Erhard-Stiftung verliehen wird und mit der 2016 neben Schröder auch Holger Steltzner, Herausgeber der FAZ, geehrt wurde. Auf die für manche Beobachter und nicht zuletzt stramme Marktwirtschaftler überraschende Auszeichnung Schröders spielte Schäuble an, als er aus Friedrich Schillers Wallenstein zitierte: „Der weite Weg entschuldigt Euer Säumen“ – und umgehend die Erklärung für den weiten Weg mit dem Stichwort „Lafontaine“ mitlieferte. Dass die Stiftung mit der Preisträgerwahl auch ein deutliches Zeichen für ihre Einschätzung der aktuellen Wirtschaftspolitik setzen wollte, griff Schröder gerne auf. Denn die Reformen der „Agenda 2010“, für die er jetzt nach 13 Jahren von den Gralshütern der reinen Lehre der Sozialen Marktwirtschaft geehrt wurde, haben ihn damals die Wiederwahl und Kanzlerschaft gekostet. Insofern hat es Schröder mit Genugtuung vernommen, dass die Stiftung sein Reformwerk „auch vor dem Hintergrund der aktuellen Richtungslosigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ würdigt, wie es in der Begründung zum Preis heißt. Als Bundeskanzler habe Schröder Reformen durchgesetzt, die die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig geprägt und verändert hätten. Sie hätten Deutschland wieder wettbewerbsfähig gemacht und entscheidend zum derzeitigen Erfolg der Volkswirtschaft beigetragen, so die Jury.

Schröder räumte ein, dass sein damaliges „umfassendes Modernisierungsprogramm“ manche im Lande und nicht zuletzt Teile seiner Partei überforderte und er insofern ein gewisses Verständnis dafür habe, dass Deutschland danach erst mal eine Reformpause eingelegt habe. Damit müsse aber längst Schluss, die „Phase der Biedermeierzeit“ zu Ende sein. Die Globalisierung wie auch die Digitalisierung erlaubten keine Reformpausen, und auch die demografische Entwicklung lasse sich nicht austricksen. Die Rente mit 63 sei jedenfalls keine nachhaltige Antwort auf diese Herausforderungen, schrieb Schröder seinen mitregierenden Parteigenossen ins Stammbuch. Die Antworten müssten Flexibilisierung und langfristig auch die Erhöhung des Renteneintrittsalters sein.

Da eine solche Preisverleihung ja immer eine gute Gelegenheit für Appelle sei, so Schröder, ließ der Altkanzler kaum ein Politikfeld aus, um seiner Nachfolgerin gute Ratschläge zu geben. Auf den Flüchtlingsansturm habe die Kanzlerin „mit viel Herz, aber ohne Plan reagiert“. Schröder empfahl dringend die Entkoppelung von Zuwanderung und Asyl und machte sich für ein Zuwanderungsgesetz nach dem Vorbild

der USA oder Kanadas stark. Die Exportnation Deutschland müsse mehr für die nachhaltige Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit tun, wobei Schröder Defizite vor allem in den Feldern Bildung und Fachkräfte, Energiepolitik und Investitionen in die Infrastruktur ausmacht.

Fehlende Aufbruchstimmung konstatierte auch der Bundesfinanzminister. Dass Wirtschaft viel mit Psychologie zu tun habe, sei Ludwig Erhard immer sehr bewusst gewesen, erinnerte Schäuble, der zu den nur noch wenigen Politikern zählt, die Erhard als Kanzler und Parteifreund erlebt haben. Erhards Zigarre beispielsweise habe Optimismus ausgestrahlt, und der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft habe dieses Symbol bewusst genutzt.

Dass sich im Rückblick vom Zigarrenqualm bis zur Agenda 2010 manches verklärt oder gar historisch umgedeutet wird, auch dafür bot die Preisverleihung Anschauungsunterricht. So begründete Schröder beispielsweise die Verletzung der Maastricht-Kriterien durch Deutschland während seiner Kanzlerschaft mit den Anstrengungen seiner Reformagenda. Da seien zusätzliche Einsparungen zur Einhaltung der Defizitregeln nicht verkraftbar gewesen, sonst wäre die Agenda 2010 gescheitert. Entsprechend lobte er Schäuble und die EU-Kommission für ihre Flexibilität im Umgang mit den Defizitsündern Spanien und Portugal.

Vereint im gegenseitigen Verständnis, dass für politisch nötige Kompromisse die ordnungspolitischen Grundsätze schon mal ausgeblendet werden müssen, bot Schröder an, die Laudatio auf Schäuble zu halten, sollte der Bundesfinanzminister dereinst den Ludwig-Erhard-Preis erhalten. ■

■ Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik

Die von Ludwig Erhard begründete Soziale Marktwirtschaft verlangt Öffentlichkeit und Akzeptanz. Ihr Bestand hängt nicht nur von politischen Entscheidungen ab: Nur solange die Bürger diese Wirtschaftsordnung als wesentlichen Teil ihrer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsverfassung begreifen, wird die Idee der Sozialen Marktwirtschaft lebendig bleiben.

Um in diesem Sinne Information und Diskussion über die Soziale Marktwirtschaft zu fördern, verleiht die Stiftung den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik sowie den Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik.

Mitglieder der Jury

Dr. Ursula Weidenfeld (Vorsitzende)
Ralf-Dieter Brunowsky
Dr. Peter Gillies
Heike Göbel
Dr. Rainer Hank
Prof. Dr. Thomas Mayer
Dr. Isabel Mühlfnzl
Ulric Papendick
Nikolaus Piper
Dr. Dorothea Siems
Roland Tichy

Preisträger seit 2001

2001: Prof. Dr. Gerhard Fels
Nikolaus Piper

2002: Prof. Dr. Norbert Berthold
Dr. Wolfgang Kaden

2003: Günter Ederer
Prof. Dr.-Ing. E.h. Hans-Olaf Henkel

2004: Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Dr. Wulf D. von Lucius

2005: Prof. Dr. Harold James
Dirk Maxeiner/Michael Miersch

- 2006: Heike Göbel
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing
- 2007: Dr. Otto Graf Lambsdorff
Dr. Ursula Weidenfeld
- 2008: Thomas Schmid
Roland Tichy
- 2009: Dr. Rainer Hank
Dr. h.c. Martin Wolf
- 2010: Dr. Karen I. Horn
Roger Köppel
- 2011: Dr. Werner Mussler
Dr. Dorothea Siems
- 2012: Dr. Josef Joffe
Dr. Jens Weidmann
- 2013: Prof. Dr. Niall Ferguson
Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Werner Sinn
- 2014: Wolfgang Clement
Prof. Dr. Werner Plumpe
- 2015: Claus Döring
Dr. Nicola Leibinger-Kammüller
- 2016: Gerhard Schröder
Holger Steltzner

Förderpreisträger seit 2001

- 2001: Bettina Bonde
Olaf Gersemann
Dr. Bertram Wiest
- 2002: Margaret Heckel
Silke Wettach

- 2003: Michael Bauchmüller
Dietrich Creutzburg
Marc Brost/Marcus Rohwetter
- 2004: Gerrit Rudolph
Henning Sußebach
Lorenz Wagner
- 2005: Johannes Eber
Lisa Nienhaus
Christian Rickens
- 2006: Mathias Irle
Sonja Kolonko
Jürgen Webermann
- 2007: J. Fliegenschmidt/J. Friedrichs/E. Müller
Philipp Krohn
Daniel Schäfer
- 2008: Bastian Obermayer
Roman Pletter
- 2009: Sebastian Jost
Dr. Philip Plickert
- 2010: Antonia Götsch
Jens Tönnemann
Frank Wörner
- 2011: Nils aus dem Moore
Sven Prange
Anne Ruprecht/Jasmin Klofta
- 2012: Marlene Halser
Tina Kaiser
Wobbeke Klare
- 2013: Christoph Grabitz
Barbara Kühn
Annina Reimann
- 2014: Patrick Bernau
Andrea Rexer
Christian Salewski

- 2015: Martin Mehringer
Kathrin Werner
- 2016: Prof. Dr. Philipp Bagus
Massimo Bognanni/Simon Book
Florian Meyer-Hawranek

■ Die Ludwig-Erhard-Stiftung

Die Ludwig-Erhard-Stiftung wurde 1967 von *Ludwig Erhard* in Bonn gegründet. Sie ist von Parteien und Verbänden unabhängig.

Die Stiftung hat satzungsgemäß die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Wirtschaft und Gesellschaft durch staatsbürgerliche Bildungsarbeit sowie durch wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Ordnungspolitik zu fördern. Ihre Arbeit dient der Fortentwicklung und Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Stiftung führt Seminare, Symposien und andere Veranstaltungen mit unterschiedlichen Alters- und Zielgruppen durch und veröffentlicht Informationen zur Sozialen Marktwirtschaft.

Wie jede wissenschaftliche und politische Institution lebt auch die Ludwig-Erhard-Stiftung von der Resonanz ihres Tuns in der Öffentlichkeit, von Zustimmung und Kritik gleichermaßen. Sie benötigt dazu aber auch die tatkräftige und finanzielle Hilfe derer, die sich *Ludwig Erhard*, seinen Ideen und seinem Werk verbunden fühlen und dazu beitragen möchten, dass Freiheit und Verantwortung des Einzelnen weiterhin bestimmende Elemente unserer Existenz bleiben.

Unterstützen Sie die Ludwig-Erhard-Stiftung durch eine Spende oder Ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis!

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.
Der **QR-Code** führt Sie zu unserem Internetauftritt.



■ Kontakt

Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.
Johanniterstraße 8
53113 Bonn

Telefon 02 28/5 39 88-0
Telefax 02 28/5 39 88-49


info@ludwig-erhard-stiftung.de
www.ludwig-erhard-stiftung.de

■ Spenden

Deutsche Bank AG Bonn
IBAN: DE39 3807 0059 0027 2005 00
BIC: DEUTDE3303303

Die Veranstaltung fand mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Telekom AG statt.





Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.
Johanniterstraße 8
53113 Bonn
Telefon 02 28 / 5 39 88-0
Telefax 02 28 / 5 39 88-49
info@ludwig-erhard-stiftung.de
www.ludwig-erhard-stiftung.de